

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis: monatlich 2,10 Mk.; vierteljährlich 5,40 Mk.; halbjährlich 10,80 Mk.; jährlich 21,60 Mk. (Postgebühren eingeschlossen). / Einzelhefte 1 Pf. / Anzeigenpreise: 1. Spalte 10 Pf., 2. Spalte 8 Pf., 3. Spalte 6 Pf. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verleger, die Geschäftsstelle, zu adressieren. / Abnahme-Zustellungen können über den Verleger, Berlin, W. 40, erfolgen.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Königl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das

Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Königl. Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 258.

Dienstag den 5. November 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Lebhafte Artillerietätigkeit zwischen Dese und Misne.

Für den Kaiser!

Man kann ganz ruhig über die Kaiserfrage sprechen, ohne die Leidenschaften aufzurühren — um so ruhiger, als das Kriegskabinett ihre Erklärung ausdrücklich eingegeben hat im Vertrauen auf den gesunden patriotischen Sinn des deutschen Volkes, der sich durch feindliche Manöver nicht verwirren lassen werde. Aberlegen wir einmal ganz objektiv, wie die Dinge stehen; wir werden dann sicherlich zu einem Ergebnis kommen, dessen sich kein Deutscher zu schämen braucht.

Zunächst steht so viel fest: weder die Volksregierung noch die sie tragende Reichstagsmehrheit haben — bis vor wenigen Tagen, möchte man sagen — daran gedacht, dem Kaiser den Rücktritt vom Thron nahezu legen, denn sonst hätten sie ihm nicht durch Verfassungsänderungen Rechte genommen, deren Fortbestand in ihren Augen mit der Sicherheit des Reiches unentzerrlich war. Oder sollten sie damit beabsichtigt haben, einen Umweg zu wählen? Die Krone ihrer wesentlichsten Machtbefugnisse zu entkleiden, um sie damit zum Verzicht auf eine wert- und inhaltlos gewordene Stellung zu bestimmen? Diese Annahme wäre durch nichts berechtigt, sie würde im Gegenteil mit Entrüstung zurückgewiesen werden, weil alle Reden und Handlungen der Beteiligten in der kritischen Zeit zu ihr in unidiskutierbarem Widerspruch ständen. Wo müssen wir uns fragen: sind seit dem Abschluss der Verfassungsänderungen, d. h. seit den letzten Oktobertagen, Ereignisse eingetreten, die zu einer anderen Beurteilung der Kaiserfrage nötigen — oder sind sonst Gründe entstanden, aus denen wir uns veranlaßt sehen könnten, russische oder österreichische Verhältnisse zum Maßstab zu nehmen?

Die einen sagen: jedes Friedenshindernis muß, soviel an uns liegt, beseitigt werden. Einverstanden, ganz einverstanden. Deshalb haben wir a. B. den U-Boot-Krieg eingestellt, der ein Friedenshindernis allerersten Ranges war, und wir haben es getan, ohne auch nur die geringste Gegenleistung dafür zu beanspruchen. Wer danach noch die Aufrichtigkeit unseres Friedenswillens bezweifelt, der ist ein Narr oder ein Bösewicht und wird es, uns gegenüber, auch bleiben, bis wir völlig gerichtet am Boden liegen. Wir haben bis jetzt noch kein Friedensbedingung unerfüllt gelassen, die uns gestellt worden ist — und das will schon etwas sagen. Wir haben auch die Grundlagen der bisherigen Kaiserkrone geschwächt, in der Herr Wilson diese monarchische Autokratie verankert fand, aber die Beteiligung des Kaisers, den Sturz der Hohenzollern hat er — bis jetzt wenigstens — uns nicht zugunsten; sollen wir ihm mit solchen Selbsterniedrigungen etwa noch freiwillig entgegenkommen? Und wenn er sie forderte: würden wir uns auch in diesem Punkte unterwerfen können und wollen? Bedeutet die Kaiserwürde nicht mehr, unendlich mehr für uns als einen willkürlichen Bierat am Tische eines Reichshofes, ist sie nicht das Symbol unserer Einheit und Größe, nach dem unsere Väter heißen Herzogen gerungen, für das sie ihr Blut vergossen haben, um tausendjähriges Sednen und Verlangen endlich der Erfüllung zuzuführen? Ist sie nicht der Keim, der die deutschen Stämme zusammenhält, und wollen wir uns etwa wirklich wieder in die ohnmächtigen Volkspolter auflösen und zerbrechen lassen, die wir waren, bevor Bismarck kam? Das wäre freilich ganz nach dem Sinne der Entente, während sie in ihrem Lager den umgekehrten Weg beschreiten: die Völkern zusammenlegen, die Tschechen mit den Slowaken verheiratet, Italien weit über seine Volksgrenzen hinaus vergrößert und so weiter und so weiter.

Und was soll an die Stelle des Kaisertums treten: die Republik? Kann aber jemand ernstlich bestreiten, daß das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit monarchisch denkt und fühlt, trotz allem, was in der Welt geschehen ist? Wenn eine Staatsform für das Unglück des Weltkrieges verantwortlich zu machen ist, so ist es die russische Despotie, wie sie ungeachtet der revolutionären Erregenschaften des letzten Jahrzehnts noch in voller Blüte stand. Sie aber ist gestürzt, sie ist in der Tat vom Born des Volkes hinweggefegt worden. Der Deutsche Kaiser dagegen hat bis zur letzten Sekunde um den Frieden gekämpft, das ist unumstößlich feststehende Tatsache, und als er schließlich nicht anders konnte, als das Schwert zu ziehen, hat das ganze Volk mit seinem schon damals nach dem demokratischen Wahlrecht zusammengesetzten Reichstag ihm zugejubelt — so sehr durchdrungen war es von der Gerechtigkeit seiner Sache. Und wenn und inwiefern sich inzwischen Wandlungen in den Anschauungen vollzogen haben, ist ihnen eben durch Einführung des neuen Regierungssystems Rechnung getragen worden — will man noch mehr? Will man das Reich vollends zerstören? Dann allerdings — aber wer das Reich erhalten will, der darf nicht preis-

geben, was durch keinen wie auch immer gearteten „Eris“ in seiner grundsätzlichen Bedeutung für die Einheit des Reiches erschüttert werden kann.

Nun kommen andere und sagen: die allgemeine Volksstimmung hat sich nach den schweren Erlebnissen dieser Zeit gegen den Kaiser gelehrt, seine ganze Art, zu denken, zu sprechen und zu handeln, paßt nicht mehr in die neue Zeit, wir müssen den Weg zu neuen Zielen ganz freimachen, sonst bleiben wir ewig in Halbheiten stecken. Und was in Russland gegangen ist und jetzt in Österreich-Ungarn sich vor unseren Augen abspielt, das wird auch in Deutschland zugetragen sein. Indessen: mit Volksstimmungen läßt sich alles und nichts beweisen. Man würde sehr in die Irre gehen, wollte man die großartigen Massenempfindungen auf das ganze Land übertragen, und selbst in der häßlichen Verödung ist das Gefühl für monarchische Treue durchaus nicht erloschen. Aber selbst wenn man diesen Überlegungen weiter entgegenkommen wollte, als es unserer Meinung nach sachlich gerechtfertigt und geboten wäre, wenn auch dieser letzte Pfeiler der staatlichen Autorität zusammenbricht, was soll dann an seine Stelle treten? Ist es nicht klar, daß wir damit dem Volkswitzismus auch in Deutschland die Tore öffnen? Nein, auch diese Erwägungen können uns nur zu dem gleichen Ergebnis führen: wir geben uns selbst auf, wenn wir jetzt den Kaiser zum Thronverzicht drängen wollten. Es wäre das Ende des Reiches.

Zwei Stimmen zur Kaiserfrage.

Zwei Stimmen aus zwei entgegengesetzten Lagern seien hier verzeichnet: Ein Auschnitt aus der Kölnischen Zeitung, deren Beziehungen zu den Kreisen der alten Regierung bekannt sind und die Rede eines sozialdemokratischen Abgeordneten, der sicherlich nicht ohne Beziehungen zu der neuen Regierung ist.

Die Kölnische Zeitung schreibt: ... Wäre irgendwelche Aussicht, den Thron, der sich heute vor uns auflutet, dadurch zu schließen, daß der Kaiser seine Krone in sich selbst zum Opfer brächte, man darf versichert sein, das Opfer wäre längst gebracht. Was den Kaiser veranlaßt vielmehr an der Krone festzuhalten, das ist, daß er sich nicht überzeugt, sein Pflichtgefühl in der Erkenntnis, daß das Opfer nicht nur vergeblich sein, sondern daß eine furchtvolle auch wieder eine schreckliche Zeit sein würde, eine Zeit der Anarchie und der staatlichen und völkischen Selbstzerfleischung. Der Revolutionskämpfer Bruns war von Baden hat neulich das Wort des Gründers des Reiches wiederholt, man brauche das deutsche Volk nur in den Sattel zu setzen, reiten werde es schon können. Dazu gilt es aber jetzt vor allem, das deutsche Volk vor dem deutschen Volk zu schützen. Österreich-Ungarn gegen das Gange, ruhige Entschlossenheit und klarer Blick sind die Vorbedingung, die allein uns jetzt vor noch größeren Schäden bewahren, die Volk und Vaterland vor den unermesslichen Möglichkeiten retten können, die uns drohen.

Und der Sozialdemokrat spricht: In einer Rede in Karlsruhe sprach der hiesige Landtagsabgeordnete Morim (Soz.) über die Abdankungsfrage. Er führte dazu aus: Bei der Behandlung dieser Frage sollten wir uns nicht von Stimmungen leiten lassen. Gewiß, wir Sozialdemokraten sind Republikaner und haben als solche eine Veranlassung, uns als Schutzwall vor die Hohenzollern zu stellen, aber darüber dürfen wir uns keine Täuschung hingeben: die Mehrheit des deutschen Volkes ist heute noch monarchisch gesinnt. Auch wenn man heute vielfach unbedachte Äußerungen über den Kaiser zu hören bekommt von Leuten, die vordem gewaltige Patrioten waren und von denen man solches ansieht erwartet hätte — für uns als Sozialdemokraten handelt es sich darum, daß wir einen Rechtsstaat bekommen. Die Frage mit oder ohne Monarchie ist von untergeordneter Bedeutung. Wir können aber richtige Politik in einem Rechtsstaat nur mit der Mehrheit und nicht gegen die Mehrheit des Volkes machen, wenn wir nicht russische Zustände bekommen wollen. In der Ausdrucksweise der sozialdemokratischen Stadtrat Dr. Dieb aus. Es ist unwahrscheinlich, daß der Kaiser den Sündenbock finden zu wollen. Gewiß, wir haben vordem nicht auf dieser Seite gestanden und haben ihn bekämpft, aber der Kaiser hat uns gelernt, wie so viele umlernen mußten. Er hat uns am 4. August 1914 die Hand geboten, und wir haben eingetruhen, und es hat sich gezeigt, daß während des ganzen Verlaufes der harten Kämpfe der Kaiser ehrlich zum Volk gehalten hat. Staatsverfassung und Monarchie sind nicht bei uns eben so wie in anderen Ländern der natürlichen Entwicklung unterworfen.

Ungarn des Treueides entbunden.

Volksabstimmung über Monarchie oder Republik. Budapest, 2. November.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat das Ministerium Karolvi die Entbindung des Treueides vom König angefordert und auch erhalten. Die Frage, ob Ungarn

fortan Monarchie oder Republik sein soll, wird schnellstens durch Volksabstimmung entschieden werden.

Als Ministerpräsident Karolvi im Volksgausch der Nationalrates diese Mitteilung machte, wurde sie mit hellem Jubel aufgenommen. Bei der Stimmung weiter Kreise kann das Ergebnis der Volksabstimmung kaum noch zweifelhaft sein. In den Theatern erschienen kurz darauf Abgesandte des Nationalrats und verkündeten:

König Karl, seines Namens der vierte apostolische König von Ungarn, werde das seit tausend Jahren bestehende ungarische Königtum abschließen.

Und überall jubelte die Menge. Auch dann, als sie erfuhr, daß der Kriegsminister im Nationalrat mitgeteilt hatte, daß sich Ungarns unbefiegte Truppen an der italienischen Front hätten zur Kapitulation, zur Waffenstreckung entschließen müssen. Die Bevölkerung Budapests lebt wie in einem Rausch. Die Proklamation des Nationalrates, die überall verkündet wurde und die die Volksstimmung verheißt, wurde mit endlosen Jubelstürmen begrüßt. Und während die Menge durch die Straßen wogt, vollzog sich im Zentralhaus die Eidesleistung des Kabinetts, das dem Nationalrat Treue schwor. König Karl hat seine Krone Ungarns mehr ...

Karolvi gegen Deutschland und Deutsch-Osterreich.

Die Regierung Karolvi hat Auftrag gegeben, alle in Ungarn auf der Donau schwimmenden deutsch-österreichischen und reichsdeutschen Schiffsladungen anzuhalten. Es handelt sich u. a. um 20000 Tonnen Lebensmittel für Deutsch-Osterreich und das Deutsche Reich. Es ist also ausgeschlossen, vorläufig Lebensmittel aus Ungarn oder auf dem Donauwege nach Deutschland zu schaffen.

Südungarische Sonderrepubliken.

Bezeichnend ist die Stellungnahme der Südungarn. In Temesvar, wo schon am 31. Oktober die Republik ausgerufen wurde, ist man dazu übergegangen, eine selbständige Republik auszurufen. Das ganze Banat wird mit Serbien ein Bündnis abschließen. Vielleicht waren dieser Umstand und die aus allen Teilen des Reiches einlaufenden Nachrichten mitbestimmend für den heutigen entscheidenden Beschluß der Regierung.

Was wird aus Deutsch-Osterreich?

Deutsch-Böhmen in den Händen der Tschechen.

Wien, 2. November.

Graf Andrássy, gegen den im deutsch-österreichischen Nationalrat die Ausweitung beantragt worden ist, erklärte, Minister des Äußeren bleiben zu müssen, weil gegenwärtig die österreichisch-ungarische Diplomatie nur als solche bei den Neutralen akkreditiert sei, und die verschiedenen Minister des Äußeren der deutschen und slawischen Nationalräte diplomatisch noch keine Anerkennung gefunden hätten. Diese Erklärung ändert nichts an der Tatsache, daß man nicht nur in Österreich, sondern auch im feindlichen Ausland immer verunrunder fragt, wen dem eigentlich Graf Andrássy vertritt. Hinter ihm steht augenblicklich nur der Kaiser ohne Volk und Land.

Der deutsch-österreichische Staatsrat steht inzwischen seine Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung fort. Er richtete einen Aufruf an die Bevölkerung, der zur Besonnenheit mahnt und vor der Bildung von Bürgergarden warnt. Zugleich wurde erneut in den Kasernen mit den Soldaten wegen Bildung einer nationalen Armee verhandelt. Die Truppen haben bereits dem deutsch-österreichischen Staatsrat den Treueid geleistet. Nur der Kriegsminister Stoeger-Steiner verweigerte den Eid und wurde von der Eidesleistung entbunden. Am Sonntag sollen in den Kasernen Soldatenräte gebildet und zugleich soll die erste deutsch-österreichische Regierung endgültig vom Staatsrat ernannt werden. Der Staatsrat ist fest entschlossen, den Frieden nur im Einvernehmen mit dem Deutschen Reich zu schließen. Hinsichtlich der Regierungsform und des Anschlusses an Deutschland scheint indes noch kein Beschluß gefaßt zu sein, doch scheint es sicher, daß der Gedanke eines Staatenbundes unter der Habsburger Monarchie immer mehr Boden verliert.

Die Tschechisierung Deutsch-Böhmens.

Vergewaltigung der deutschen Minderheiten.

In den tschechischen Städten Böhmens und Mährens erwacht der tschechische Nationalausbruch mit Hilfe tschechischer Soldaten das deutsch-österreichische und ungarische Militär, das dort garnisonierte und von den Ereignissen vollständig überfallen wurde. Den Soldaten wird hierbei gesagt, daß der Krieg aus sei und sie nach Hause gehen können. Nicht nur die mährische Landes-